

## Protokoll

### **26. öffentliche Kreistagssitzung**

vom 09.03.2026, Lüchow (Wendland), Tannenbergsstraße 1, Gildehaus, großer Saal

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

#### Öffentlicher Teil

- |       |  |          |
|-------|--|----------|
| .     | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung  |          |
| 1.    | Genehmigung des Protokolls der 24. Kreistagssitzung vom 15.12.2025   |          |
| 2.    | Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten des Landkreises Lüchow-Dannenberg und Beschlüsse des Kreisausschusses  |          |
| 3.    | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner   |          |
| 4.    | Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI vom 06.03.2025: Einrichtung eines Beirates für Geflüchtete  | 2025/349 |
| 5.    | Antrag der Gruppe SPD, Grüne, SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 15.10.2025: Mähen des extensiven Bereichs der Straßenränder an Kreisstraßen   | 2025/581 |
| 6.    | Antrag der Fraktion AfD/die Basis im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 01.12.2025: Förderung von Gas in Niedersachsen   | 2026/693 |
| 7.    | Antrag der KTA Flöter, Hennings, Bade und Gallei vom 22.12.2025: Zuschuss zu den Reparaturkosten für die Schnackenburg Fähre „Ilka“  | 2026/698 |
| 8.    | Antrag von KTA Bade, KTA Beckmann, KTA Donat, KTA Haase-Mühlner, KTA Herzog, KTA Hillmer, KTA Klepper, KTA Korth, KTA Liebhaber, KTA Peters, KTA Schwidder im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 03.01.2026: Umsetzung einer Landesbuslinie zwischen Wittenberge (Bahnhof) und Gartow (Kirche) | 2026/692 |
| 9.    | Kreisweites Klimaschutzkonzept 2025 (Fortschreibung des Masterplan 100% Klimaschutz in Lüchow-Dannenberg)  | 2025/668 |
| 10.   | Neuaufgabe Schülerbeförderungssatzung  | 2026/727 |
| 10.1. | Anfragen des KTA Schwidder vom 25.02.2026 zur Schülerbeförderungssatzung - Fahrpläne zum Schuljahreswechsel 08/2026 und 08/2027  | 2026/738 |
| 10.2. | Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.03.2026: Schülerbeförderungssatzung  | 2026/745 |
| 11.   | Erwerb des Grundstückes „Bauhof der kommunalen Dienste Samtgemeinde Elbtalau“ für Katastrophenschutz- und Bevölkerungszwecke sowie als potentielle Entwicklungsfläche  | 2026/701 |
| 12.   | Änderung der Satzung über Leistungen und Auslagenersatz der Kreisfeuerwehr   | 2026/703 |
| 13.   | Zuschuss Violetta e.V.   | 2026/708 |
| 14.   | Kita-Bedarfsplanung 2025   | 2026/710 |
| 15.   | Änderung des Beschlusses vom 15.12.2026 „Bildung von Wahlbereichen für die kommunalen allgemeinen Neuwahlen (Kreiswahl) und die Direktwahl zur Landrätin/ zum Landrat am 13.09.2026  | 2026/726 |
| 16.   | Neue Mitglieder des Kreisschülerrates für den Kreisschulsausschuss   | 2026/711 |
| 17.   | Umbesetzung beratendes Mitglied Ausschuss Naturschutz, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft und Veterinärwesen   | 2026/724 |
| 18.   | Änderungen der Geschäftsordnung  |          |
| 19.   | Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen  |          |
| 19.1. | Anfrage von KTA Korth im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 25.01.2026: Bezahlkarte  | 2026/706 |
| 19.2. | Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.03.2026: Stromausfall  | 2026/746 |

#### Nicht öffentlicher Teil

20. Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung
21. Genehmigung des nicht öffentlichen Teils des Protokolls der 24. Kreistagssitzung vom 15.12.2025
22. Personalangelegenheiten
23. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

KTA Kaufmann, Horst  
KTA Allgayer-Reetze, Patricia  
KTA Bade, Heike  
KTA Beckmann, Uwe  
KTA Behning, Kurt  
KTA Carmienke, Christian  
KTA Donat, Martin  
KTA Dorendorf, Uwe  
KTA Drossel, Fabian  
KTA Fathmann, Bernard  
KTA Flöter, Anja  
KTA Fricke, Christine  
KTA Gallei, Matthias  
KTA Goebel, Dietmar  
KTA Gottberg, Wilhelm von  
KTA Hennings, Matthias  
KTA Hensel, Thorsten  
KTA Herzog, Kurt  
KTA Hillmer, Birgitta  
KTA Himmel, Hanno  
KTA Klepper, Hermann-Dieter  
KTA Kretschmer, Sabine  
KTA Liebhaber, Manfred  
KTA Mertins, Holger  
KTA Peters, Kerstin  
KTA Petersen, Andreas  
KTA Petersen, Torsten  
KTA Römer, Sabine  
Landrätin Schulz, Dagmar  
KTA Schulz, Torsten  
KTA Schwidder, Norbert  
KTA Siebolds, Reinhard  
KTA Siemke, Jörg Heinrich  
KTA Sperling, Udo  
KTA Tietke, Eckhard  
KTA Wiegrefe, Wolfgang  
KTA Wiehler, Julie  
Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel  
Kreisbaudirektorin Stellmann, Maria  
Erlebach, Sylvia  
Bauer, Kathrin  
Fritzsche, Vanessa  
Geratz, Louis  
Talg, Pamela

anwesend bis 16:52 Uhr

Es fehlen:

KTA Behrens, Marcel entschuldigt  
KTA Haase-Mühlner, Alexander  
KTA Heuer, Johannes  
KTA Korth, Friedhelm Dietmar entschuldigt

**Beginn:**

14:30 Uhr

**Ende:**

17:14 Uhr

## Öffentlicher Teil

### **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

**Vorsitzender Kaufmann** eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er teilt mit, dass TOP 1 und 14 zurückgestellt werden müssen aufgrund von Bearbeitungsverzögerungen.

### **1. Genehmigung des Protokolls der 24. Kreistagssitzung vom 15.12.2025**

zurückgestellt

### **2. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten des Landkreises Lüchow-Dannenberg und Beschlüsse des Kreisausschusses**

**Landrätin Schulz** berichtet, dass der Kreisausschuss am 28. Januar drei Beschlusspunkte behandelt habe. Es wurde ein Weisungsbeschluss für die Vertreter des Landkreises im Verwaltungsrat des Gebäudemanagements erlassen, der zur Zustimmung des Haushalts in der Sitzung am 2. Februar verpflichtet. Außerdem erfolgte die Vergabe eines Abfallsammelfahrzeugs an MAN Track & Bus für 324.447,55 Euro. Darüber hinaus wurde eine Machbarkeitsstudie für einen möglichen Eigenbetrieb des Breitbandnetzes der Breitbandgesellschaft nicht beauftragt, da die Ausschreibungsergebnisse zu hoch seien.

In der Sitzung am 24. Februar habe der Kreisausschuss unter anderem die Kampfmittelbelastung in Neu-Tramm thematisiert und der Verwaltung beauftragt, Unterlagen beim ehemaligen Eigentümer einzuholen oder, bei Nichtverfügbarkeit, beim Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsens anzufragen. Die Ergebnisse seien im nächsten Fachausschuss Soziales vorzulegen. Weiterhin seien 65.560,12 Euro für das Basisangebot und 84.916,11 Euro für das Betreuungsangebot der Lebensraum Diakonie bewilligt worden. Ebenfalls beschlossen worden sei die Niederschlagung von Rettungsdienstgebühren in Höhe von 8.282,50 Euro sowie der Abschluss eines Vertrags zur Nutzung einer Kompensationsmaßnahme mit der Niedersächsischen Landgesellschaft für 69.198,86 Euro.

Die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der Jeetzel-Talbahn sei an das Büro Stadtverkehrsplanungsgesellschaft für 59.500 Euro vergeben worden. Für den Gelege- und Kükenschutz bei Wiesenvögeln sei 2026 der BUND-Zweckbetrieb Wendland mit 57.266,40 Euro beauftragt. Die Biotopkartierung sei an LOP Luft-, Bild- und Umweltplanung GmbH (188.912,80 Euro) und Lamprecht und Wellmann GbR (99.497,69 Euro) vergeben. Ebenfalls beschlossen worden sei die Beförderung einer Beamtin in eine Planstelle A 12 sowie die befristete Besetzung von 0,5 Stellenanteilen in der Entgeltgruppe 5 für die Beschlusskontrolle im Sitzungsdienst. Schließlich sei das Konzept für den Beirat in der Unterkunft Neu-Tramm für Geflüchtete verabschiedet worden, wobei über dessen Tätigkeiten regelmäßig im Fachausschuss Soziales zu berichten sei.

**Landrätin Schulz** weist darauf hin, dass die Schülerbeförderungssatzung eine wichtige Angelegenheit sei. Im Landkreis bestehe eine einheitliche Kita-Beitragssatzung, damit die KiTa-Auswahl nicht finanziell beeinflusst werde. Diese Wahlfreiheit soll auch bei der Schulauswahl gelten. Die Schülerbeförderung sei aufgrund der Vielzahl freier Schulen und komplexer Umstiege kostenintensiv. Eine Arbeitsgruppe, eingerichtet auf Antrag der Kreispolitik, habe die Überarbeitung der Satzung thematisiert. Der Entwurf einer neuen Satzung sei am 30. Januar 2025 versandt worden, wobei § 5 Abs. 2 bereits Wartezeiten regle. Nach rechtskundiger Beratung und Gesprächen mit Schulen sei die Satzung um eine Präambel erweitert worden, die kurze Beförderungszeiten und die Zumutbarkeit für Einzelne betone. Anpassungen seien vorgenommen worden, um längere Wegezeiten nur in Einzelfällen zuzulassen.

### 3. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

**Ingrid Neumann** kritisiert, dass der ÖPNV und Schülerverkehr in ihrer Region vernachlässigt werde. Sie verweist auf die gesetzliche Regelung, dass der gesamte Tagesweg, einschließlich des Weges zum und vom Bus, nicht überschritten werden dürfe. Sie beschreibt, wie Kinder bei schlechtem Wetter ohne Bürgersteige über glatte Straßen laufen müssten, was unzumutbar sei. Sie betont, dass Schüler, die morgens anderthalb Stunden im Bus säßen, nicht konzentriert lernen könnten, und fordert eine Neubewertung der Schülerbeförderung. Sie verweist auf die bevorstehende Einführung der Ganztagschule im nächsten Jahr und fragt, ob der Tagesordnungspunkt nicht abgesetzt werden könne, um die Themen ausreichend zu beraten.

**Erster Kreisrat Schermuly** verweist auf den Antrag des Kreistagsabgeordneten Schwidder, der die Absetzung und Zurückverweisung des Tagesordnungspunkts in den Kreisschulausschuss beantragt hat. Er erklärt, dass er die Diskussion nicht vorgreifen wolle und die Frage der Einwohnerin im Rahmen des Tagesordnungspunkts 10 beantworten werde.

**Regina Meyer aus Hitzacker** thematisiert die demografische Entwicklung, die sich später auf die Schule auswirke. Sie fragt, ob die Firma Irro, die in Nachbarkreisen bessere Erfolge erziele als die LSE, nicht in die Planung einbezogen werden könne, um den Verkehr vorübergehend zu regeln. Sie fordert, den demografischen Wandel vorzuplanen, damit Kinder Zeit für Hausaufgaben und Lernen hätten.

**Erster Kreisrat Schermuly** bestätigt die enge Zusammenarbeit zwischen der LSE und der Firma Irro. Er betont, dass rechtliche Vorgaben des öDa's klare Zuständigkeiten regelten. Er erklärt, dass jährlich Schülerlisten zur Planung des ÖPNV und der Schülerbeförderung herangezogen würden, um gesetzliche Anforderungen, ökologische und ökonomische Belange zu berücksichtigen. Er betont, dass der demografische Wandel nicht vorhersehbar sei, aber jährlich eine Bedarfsermittlung und Planung erfolge.

### 4. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI vom 06.03.2025: Einrichtung eines Beirates für Geflüchtete

2025/349

**KTA von Gottberg** erklärt, dass die AfD-Fraktion den Antrag intensiv beraten habe, dessen Begründung jedoch nicht überzeugend sei. Er kritisiert, dass Argumente irreführend oder unzutreffend seien. Er verweist auf die Landesaufnahmebehörde, die am 23. Januar 2025 mitteilte, keine weiteren Schutzsuchenden zuweisen zu können, und betont, dass die aktuelle Belegung in Neu-Tramm keine Einrichtung eines Beirates rechtfertige. Er argumentiert, dass eine solche Einrichtung Bürokratie verursache, die Finanzsituation des Landkreises eine Ausweitung der freiwilligen Ausgaben verbiete, und dass das Motiv des Antrags mit dem Kommunalwahlkampf zusammenhänge. Er wendet ein, dass der Kreistag bereits im August 2024 für eine zentrale Unterbringung entschieden habe und dass der Beirat Aufgaben übernehme, die bereits dem Betreiber und der Kreisverwaltung zustünden. Er betont, dass der Beirat nicht in der Lage sei, Konflikte eigenverantwortlich zu lösen, und dass die soziale Betreuung durch den Betreiber und ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuer gewährleistet sei. Er kritisiert, dass die Fahrtkostenerstattung für Beiratsmitglieder nicht dem Bedarf der Flüchtlinge entspreche, sondern der „Bedarfsweckung“ diene.

**KTA Peters** kontert, dass die Begründung des Antrags nicht mehr aktuell sei, da der Antrag bereits länger in den Gremien diskutiert worden sei. Sie verweist auf eine Abstimmung im Sozialausschuss mit der Fachdienstleiterin Frau Ehrhardt. Sie unterstreicht, dass Flüchtlinge ein Recht auf Teilhabe an der Demokratie hätten und dass das Konzept einstimmig im Sozialausschuss und im Kreisausschuss abgestimmt worden sei.

**KTA Gallei** betont, dass der Antrag nach intensiver Beratung im Fachausschuss ein wichtiges Thema sei, dass nicht mehr durch aktuelle Argumente der AfD-Fraktion beeinflusst werde. Er betont, dass die Mitbestimmung der Flüchtlinge in der Einrichtung notwendig sei, um Probleme zu identifizieren und zu lösen, und dass dies zur Deeskalation beitrage. Er kritisiert die AfD-Fraktion für ihre Zurückhaltung in der Debatte und verweist auf die Notwendigkeit, sich um die bestehende zentrale Einrichtung angemessen zu kümmern.

Er betont, dass der Beirat kein Bürokratieabbau, sondern Qualität der Betreuung sei, und dass der Antrag im Ausschuss verbessert worden sei.

**KTA Carmienke** erläutert, dass die CDU-Fraktion ursprünglich den Antrag nicht abstimmungsfähig fand, da der Beirat für den gesamten Landkreis vorgesehen war. Nach Kompromissfindung sei ein Beirat für Neu Tramm vereinbart worden, der durch eine Satzung und einen Jahresbericht begleitet werde. Er betont, dass Kommunikationsdefizite zwischen Flüchtlingshelfern und Verwaltung im

Sozialausschuss bestünden und dass der Beirat diese Defizite reduzieren könne. Er erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Antrag zustimme.

**Vorsitzender KTA Kaufmann** lässt über den Antrag abstimmen

geändert mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 3 Enthaltung: 0 Befangen: 0

**Das Konzept für den Beirat in der Unterkunft Neu Tramm für geflüchtete Menschen wird verabschiedet und umgesetzt. Es wird regelmäßig über die Tätigkeiten des Beirats im FA SOZ berichtet.**

**5. Antrag der Gruppe SPD, Grüne, SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 15.10.2025: Mähen des extensiven Bereichs der Straßenränder an Kreisstraßen** 2025/581

**KTA Klepper** weist darauf hin, dass die Erhaltung der Artenvielfalt durch das Mähen von Straßenrändern ein langfristig diskutiertes Thema sei. Er betont die fundamentale Bedeutung der seitlichen Vegetation für Pflanzen, Insekten, Reptilien, Kleinsäuger und Vogelarten sowie deren Funktion als Lebensraum und Vernetzungselement in der Landschaft. Er kritisiert die Verwaltungsantwort, wonach im März Winterdienst und Gehölzrückschnitte notwendig seien, und verweist auf die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt auf der K41, bei dem die Mäharbeiten aufgrund der üppigeren Vegetation länger dauerten.

**KTA Wiehler** hebt hervor, dass der Antrag eine Vorgeschichte habe und die Verwaltung in der Stellungnahme politische Botschaften ignoriert habe. Sie betont, dass die Entscheidung im Fachausschuss einen Vertrauensvorschuss an die Verwaltung darstelle, die Herausforderungen zu meistern und die politische Richtung konsequent umzusetzen. Sie fordert eine Evaluation der Verwaltung zur Erfolgskontrolle.

**KTA Mertins** erinnert an die Verkehrssicherungspflicht und mahnt, bei der Mäharbeit zwischen Radwegen und nicht genutzten Seiten zu unterscheiden, um Probleme zu vermeiden.

**Vorsitzender KTA Kaufmann** ruft zur Abstimmung auf.

geändert mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 22 Nein-Stimmen: 14 Enthaltung: 1 Befangen: 0

**Der extensive Bereich der Straßenränder an Kreisstraßen wird, so weit dies organisatorisch möglich ist, und unter Berücksichtigung der Sicherheitsmaßnahmen so gemäht, dass jedes Jahr nur eine Straßenseite, der Bewuchs auf der gegenüber liegenden anderen Straßenseite den Winter über stehen bleibt und erst im Frühjahr gemäht wird.**

**KTA Fathmann** fragt zur Geschäftsordnung, ob das Abstimmungsergebnis nachgezählt werden müsse.

**Vorsitzender KTA Kaufmann** gibt an, dies zu prüfen.

**6. Antrag der Fraktion AfD/die Basis im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 01.12.2025: Förderung von Gas in Niedersachsen** 2026/693

**KTA Römer** begründet den Antrag mit der Kritik an der niedersächsischen Regierungspolitik zur Gasbeschaffung, insbesondere an der LNG-Importstrategie aus USA-Fracking. Er unterstreicht die hohen Energieverluste bei der LNG-Verarbeitungskette und die Kosten, wobei er auf die Schiefergasvorkommen in Niedersachsen verweist. Zitiert wird Professor Künkel, der auf 800 Milliarden Kubikmeter erschließbares Gas in Niedersachsen hinweist und die CO<sub>2</sub>-Einsparung durch Fracking im Vergleich zu LNG betont. Römer fordert eine Neubewertung der Fracking-Debatte unter Berücksichtigung der weltweiten Energiepolitik und des Übergangs zur Geothermie.

**KTA Herzog** kritisiert die AfD-Position als rückständig und leugnend, insbesondere die Ablehnung erneuerbarer Energien und des Klimawandels. Er verweist auf den Kreistagsbeschluss von 2012 gegen Fracking und die Risiken durch Lagerwassergifte und Benzol. Herzog moniert die Wirtschaftsministerin Reiche für unzureichende Planung und nennt Beispiele wie das Projekt Mittelplatte, das aufgrund fehlender FFH-Prüfung gerichtlich gestoppt wurde. Er betont die Erdbebengefahr durch Fracking und kritisiert die AfD-Position zum Heizungsgesetz als kontraproduktiv, da die Förderung für Wärmepumpen unverzichtbar sei.

**KTA Carmienieke** verweist auf Weidels Aussage zur russischen Gasabhängigkeit und kritisiert die AfD-

Politik als nicht zukunftsfähig. Er fordert Investitionen in Energiespeicherung, Biogas-Potenziale und kürzere Genehmigungszeiten für Projekte.

**Vorsitzender KTA Kaufmann** lässt über den Antrag abstimmen

Empfehlung mehrheitlich abgelehnt Ja-Stimmen: 3 Nein-Stimmen: 34 Enthaltung: 0 Befangen: 0

**Vorsitzender KTA Kaufmann** beantwortet die Frage des KTA Fathmann in TOP 5. Eine genaue Zählung der Stimmen ist auf Antrag durchzuführen oder wenn die Abstimmung nicht eindeutig mehrheitlich ist.

<b>7. Antrag der KTA Flöter, Hennings, Bade und Gallei vom 22.12.2025: Zuschuss zu den Reparaturkosten für die Schnackenburg Fähre „Ilka“</b>	2026/698
---	----------

**KTA Wiehler** erklärt, dass der Fachausschuss einen Beschluss aus zwei Teilen erarbeitet habe. Antrag 1 fordere den Fährbeirat auf, ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Konzept zu entwickeln, das spätestens im letzten Ausschuss der aktuellen Wahlperiode vorgestellt werden soll. Die ursprüngliche Frist sei verkürzt worden, um die Planung unverzüglich zu starten. Die jährliche Zahlung von 50.000 Euro ab 2027 sei an die Vorlage eines nachhaltigen Konzepts geknüpft. Antrag 2 sei geändert worden und beinhalte, dass der Landkreis die Reparaturkosten der Fähre Ilka in diesem Jahr übernehme, jedoch mit der Aufforderung, eine Co-Finanzierung zu suchen. Die Mehrheit habe entschieden, zunächst die Finanzierung vorzunehmen und gleichzeitig die Kofinanzierung durch den Landkreis Prignitz zu fordern.

**KTA Schulz** kritisiert, dass die Kommunikation zwischen den Beteiligten verbesserungswürdig sei. Er betont, dass die Kommunen Lenzen und Prignitz an den Gesprächen beteiligt seien. Der Antrag sei mit 6 zu 4 Stimmen für eine volle Finanzierung abgestimmt worden, verbunden mit der Aufforderung zur Kofinanzierung. Er beantragt, die Finanzierung auf 50 Prozent zu beschränken, sofern der Landkreis Prignitz die andere Hälfte übernehme. Er befürchte, dass bei Alleinflanzierung keine Unterstützung vom Landkreis Prignitz erfolgen werde.

**KTA Hensel** betont, dass der Fachausschuss einen Kompromiss erarbeitet habe, der die 50.000 Euro-Zuschuss für dieses Jahr vorsehe, verbunden mit der Erwartung eines zukunftsfähigen Konzepts. Er weist darauf hin, dass die Fähre ein Defizit von ca. 300.000 Euro aufweise, wobei Lüchow-Dannenberg nur 50.000 Euro beisteuere. Ein Ablehnen des Antrags würde das Risiko einer Stilllegung der Fähre und damit der Abschneidung von Schnackenburg erhöhen.

**Vorsitzender KTA Kaufmann** leitet die Abstimmung ein.

geändert mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 3 Enthaltung: 0 Befangen: 0

**Antrag 1:**

**Der Landkreis Lüchow-Dannenberg fordert den Fährbeirat auf, ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Konzept zu entwickeln, welches spätestens im letzten Ausschuss für Klima und Mobilität der aktuellen Wahlperiode vorgestellt werden soll. Die jährliche Zahlung in Höhe von 50.000,00 € ist ab 2027 an die Zukunftsfähigkeit des Konzeptes geknüpft.**

geändert mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 27 Nein-Stimmen: 9 Enthaltung: 1

**Antrag 2:**

**Der Landkreis übernimmt die Finanzierung für die Reparatur der Schnackenburg Fähre "Ilka" in diesem Jahr, jedoch mit der Aufforderung eine Kofinanzierung zu suchen und diese gegen zu rechnen.**

Der Antrag von **KTA Schulz** wird somit nicht weiter behandelt.

<b>8. Antrag von KTA Bade, KTA Beckmann, KTA Donat, KTA Haase-Mühlner, KTA Herzog, KTA Hillmer, KTA Klepper, KTA Korth, KTA Liebhaber, KTA Peters, KTA Schwidder im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 03.01.2026: Umsetzung einer Landesbuslinie zwischen Wittenberge (Bahnhof) und Gartow (Kirche)</b>	2026/692
--	----------

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

**Vorsitzender KTA Kaufmann** lässt über den Antrag abstimmen

geändert einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 3 Befangen: 0  
**Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Landkreis Stendal Kontakt aufzunehmen um die Rufbuslinie 952 aus Seehausen nach Gartow zu verlängern.**

<b>9. Kreisweites Klimaschutzkonzept 2025 (Fortschreibung des Masterplan 100% Klimaschutz in Lüchow-Dannenberg)</b>	2025/668
---	----------

**KTA Wiehler** fasst die bisherigen Arbeiten zusammen und verweist auf die einstimmige Kritik im Haushaltsbeschluss an der mangelnden Messbarkeit der Maßnahmen des Klimaschutzkonzepts. Sie begründet Antrag 1 mit der Notwendigkeit, eine Evaluation der bisherigen Maßnahmen durchzuführen, um deren Erfolg oder Misserfolg zu analysieren und Folgemaßnahmen abzuleiten. Antrag 2 zielt darauf ab, in einer Arbeitsgruppe zentrale Maßnahmenfelder zu identifizieren und zu konzentrieren, um Prioritäten zu setzen. Sie betont die Bereitschaft der Kreistagsmitglieder, ehrenamtlich in den Arbeitskreis einzubringen, um ein konkretes Ergebnis zu erzielen.

**KTA Herzog** kritisiert, dass die Vorarbeit für das Klimaschutzkonzept des Landkreises ungenügend sei, da es an Zielgrößen, Zeitschienen und Finanzierungsmodellen mangle. Er verweist auf den Vergleich mit dem Vorgänger-Masterplan „1,5 % Klimaschutz“ und betont die Verschärfung des Klimaproblems seit 2017. Er fordert eine Evaluation des alten Konzepts, um Fehler zu vermeiden, und nennt Ernährung/Landwirtschaft sowie Mobilität als zwingend zu berücksichtigende Maßnahmenfelder. Zudem kritisiert er die Unterscheidung zwischen Pflicht- und freiwilligen Maßnahmen als unverbindlich und verlangt verbindliche Regelungen. Er betont die Notwendigkeit von Klimafolgenanpassungen in Gesetzen und Finanzierungsmodellen sowie eine verbesserte Kommunikation zwischen politischen Ebenen.

**Vorsitzender KTA Kaufmann** ruft zur Abstimmung auf.

geändert einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1 Befangen: 0

**Antrag 1:**

**Die Verwaltung wird aufgefordert, vor Beschluss über das kreisweite Klimaschutzkonzept eine ausführlichere Evaluation der durchgeführten Maßnahmen des Masterplans 2017 (siehe Tabelle 4, S. 30ff.) vorzunehmen. Hierbei soll herausgearbeitet werden, welche Bestandteile der einzelnen Maßnahmen durchgeführt wurden, ob und wie erfolgreich sie waren und welche Erfahrungen für mögliche Folgemaßnahmen daraus abgeleitet werden können**

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 35 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

**Antrag 2:**

**Der Fachausschuss empfiehlt die Gründung einer Arbeitsgruppe, bestehend aus jeweils einer Person aus den Fraktionen des Fachausschusses. Aufgabe der Arbeitsgruppe ist die im kreisweiten Klimaschutzkonzept enthaltenen Maßnahmen festzulegen und diese weiter auszuarbeiten.**

<b>10. Neuauflage Schülerbeförderungssatzung</b>	2026/727
--	----------

**Erster Kreisrat Schermuly** erläutert den Verwaltungsvorschlag zur neuen Schülerbeförderungssatzung. Er begründet die Notwendigkeit einer rechtlichen Grundlage, um Beschwerden und Rechtsklagen abdecken zu können. Er hebt hervor, dass die alte Satzung unvollständig sei und dass die Verwaltung seit Dezember 2024 einen Entwurf ausgearbeitet habe. Die Verwaltung betone die Zumutbarkeit für Schüler sowie die logistischen Herausforderungen, etwa die 88 Busse im Spitzenverkehr. Er betont, dass Wartezeiten vor und nach dem Unterrichtsbeginn sowie Fußwegezeiten in der Satzung berücksichtigt werden. Die Zusammenarbeit mit der Landesschulbehörde sei erfolgt. Er betont, dass es keine Beschwerden von Schulen gegeben habe und dass die Wartezeiten an großen Schulzentren logistisch bedingt seien. Nach einem Elterngespräch am Donnerstag habe er Änderungen in die Satzung eingearbeitet, etwa die Betonung des Einzelfalls.

**KTA Herzog** kritisiert das Verfahren als ineffizient und schlecht organisiert. Er verweist auf die Formulierung „Stets aus der Sicht des Kindes“ in § 1 Abs. 4 der Satzung und betont, dass die aktuelle Situation in der Schülerbeförderung seit 27 Jahren unverändert sei. Er plädiert für einen Paradigmenwechsel hin zu nicht motorisiertem Verkehr (Rad und Fuß) und kritisiert die mangelnde Schulwegsicherheit sowie die geringe Nutzung von Blitzeinnahmen für Sicherheitsmaßnahmen. Er moniert widersprüchliche Formulierungen in der Satzung, etwa die Festlegung von 90 Minuten Wegezeit mit Ausnahmen, und fordert eine Neubewertung der Satzung. Er schlägt einen Neustart des Dialogprozesses unter Einbeziehung sicherer Schulwegbedingungen vor.

**KTA Schwidder** dankt für Bemühungen der Verwaltung, die Satzung zu verbessern, kritisiert jedoch die kurzfristige Beteiligung der Schulen und die fehlende Einbindung der Landesschulbehörde. Er betont, dass die aktuelle Satzung nicht beschlussfähig sei, da sie nicht ausreichend auf die Bedürfnisse der Grundschulen und Eltern eingehe. Er verweist auf die Ausweitung des Planungsrahmens für Wartezeiten und die Sorge, dass Kapazitäten in Zukunft eingespart werden könnten. Er fordert eine permanente Arbeitsgruppe und eine gründlichere Beratung vor der Verabschiedung.

**KTA Klepper** unterstützt den Paradigmenwechsel hin zu mehr Fahrradnutzung. Er betont die gesundheitlichen, klimapolitischen und sozialen Vorteile des Radfahrens und kritisiert, dass Schulen und Lehrkräfte nicht genügend in die Verantwortung genommen würden. Er nennt Beispiele für Begleitkonzepte in anderen Städten und fordert eine stärkere Einbindung der Eltern.

**KTA Carmienke** betont, dass die neue Satzung auf der Arbeit eines Arbeitskreises basiere, der alle Beteiligten einschließlich Eltern, Schüler und Verwaltung umfasse. Er kritisiert die Darstellung, dass die Interessen der Eltern nicht berücksichtigt worden seien, und betont, dass die Vertreterin des Kreiselternrats nicht an den Sitzungen teilgenommen habe. Er verweist auf die Fakten zur Schülerbeförderung im Landkreis und betont, dass die neue Satzung keine neuen langen Wege schaffe, sondern bestehende Regelungen klar formuliere.

**KTA Hensel** betont, dass die neue Satzung notwendig sei, da die alte Satzung rechtsfreie Räume lasse. Er begrüßt die Anpassungen nach dem Elterngespräch, etwa die Begrenzung der Wartezeiten auf 20 Minuten vor und 30 Minuten nach dem Unterricht. Er fordert eine fortlaufende Abstimmung mit den Schulen und betont, dass die Satzung ein Baustein sei, der nicht alles im Detail regeln könne.

**KTA Himmel** betont, dass die Arbeitsgruppe zur Satzung ein inklusiver Prozess gewesen sei. Er begrüßt die Anpassungen nach der Öffentlichkeitssitzung und betont die Notwendigkeit eines kontinuierlichen Dialogs mit Eltern, Schülern und Schulen. Er kritisiert die mangelnde Moderation des Prozesses und fordert bessere Strukturen für zukünftige Debatten.

**KTA Schwidder** kritisiert die Aussage, dass Eltern für lange Schulwege verantwortlich seien, und betont, dass die aktuelle Satzung ohne weitere Diskussionen im Kreisschulausschuss nicht weiter beraten werden könne. Er fordert eine ehrenamtliche Arbeitskraft, um Gespräche mit den Schulen zu führen.

**KTA Donat** kritisiert das Verfahren als überlastet und mangelhaft moderiert. Er betont, dass die Satzung nicht rechtsicher sei und dass ein Prozess der Beteiligung notwendig sei. Er stimmt der Verabschiedung nicht zu.

**Landrätin Schulz** betont die kontinuierliche Arbeit der LSE und des Fachdienstes an der Schülerbeförderung. Sie verweist darauf, dass der Landkreis einen verlässlichen Schülerverkehr habe.

**KTA Herzog** fragt, ob die widersprüchlichen roten Einschübe in der Satzung berücksichtigt werden sollen, und kritisiert, dass diese nicht vorbereitet worden seien.

**Vorsitzender KTA Kaufmann** leitet die Abstimmung ein.

mehrheitlich abgelehnt

**Antrag des KTA Schwidder:**

**Mit dem Verweisungs-Beschluss wird der Beschluss einer Aufnahme von Beratungen mit allen betroffenen Schulen unter Beteiligung der für die Grundschulen zuständigen Samtgemeinden durch die AG ÖPNV/SchülerInnenverkehr verbunden.**

**Die Leitung der AG wird an den KSA-Vorsitzenden übertragen, um einerseits die Verwaltung zu entlasten und andererseits eine intensive Beratungsaufnahme zu gewährleisten. Einbezogen werden soll auch die Kreisjugendpflege, um die Situation der Wartezeit fachlich zu betrachten. Ebenso ist eine Stellungnahme der juristischen Stelle der Landesschulbehörde einzuholen.**

**Dem KSA sind die Beratungsergebnisse bis zu seiner Sitzung am 14.09.2025 zu übergeben, damit dort eine mit allen Schulen sowie den betroffenen Vertretungen der Eltern sowie der Schüler:innen abgestimmte Satzung empfohlen wird.**

**Diese kann im Kreistag am 05.10.2026 beraten und beschlossen werden.**

mehrheitlich abgelehnt

**Antrag des KTA Herzog:**

**Der Kreistag beschließt einen Neustart des Dialogprozesses und Verfahrens. Es wird ein neues, offenes Verfahren gestartet. Dabei werden die Sicherung der Schulwege und der dazugehörigen Kontrollen mit einbezogen, stehts aus Sicht und zum Wohle des Kindes.**

geändert mehrheitlich beschlossen:

Der Kreistag beschließt die in der Anlage vorliegenden überarbeitete Fassung der Schülerbeförderungssatzung (Entwurf in der Fassung vom 06.03.2026, einsehbar im Bürgerinformationssystem) für den Landkreis Lüchow-Dannenberg. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Arbeitspapier zu erarbeiten, in welchem die unbestimmten Begriffe in der Satzung, z.B. gefährlicher Schulweg, Zumutbarkeit, durch objektive Kriterien auslegbar werden. Dieses Arbeitspapier ist nicht Teil der Satzung, ist aber mit der Politik zu besprechen.

<b>10.1. Anfragen des KTA Schwidder vom 25.02.2026 zur Schülerbeförderungssatzung - Fahrpläne zum Schuljahreswechsel 08/2026 und 08/2027</b>	2026/738
--	----------

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Kenntnis genommen

<b>10.2. Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.03.2026: Schülerbeförderungssatzung</b>	2026/745
--	----------

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Kenntnis genommen

<b>11. Erwerb des Grundstückes „Bauhof der kommunalen Dienste Samtgemeinde Elbtalaue“ für Katastrophenschutz- und Bevölkerungszwecke sowie als potentielle Entwicklungsfläche</b>	2026/701
---	----------

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

**Vorsitzender KTA Kaufmann** lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen

geändert einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 4 Befangen: 0

**Der Landkreis Lüchow-Dannenberg bekundet starkes Kaufinteresse gegenüber dem Verkäufer des Grundstückes mit der Flurstückkennung 19/6 in Flur 20, Adresse Am Dömitzer Damm 11 in 29451 Dannenberg (Elbe) mit einer Gesamtfläche von ca. 7100 m<sup>2</sup>.**

**Das Grundstück und die baulichen Anlagen sind originär als Logistikflächen für den Katastrophenschutz zu nutzen. Weitere Nutzungsmöglichkeiten sind die Lagerung von Material für Tierseuchen, Annahme und Umschlag von Alttextilien sowie die Nutzung für Bedarfe des FD 69 (Streusalzbevorratung). Perspektivisch können die Flächen auch für weitere Bedarfe genutzt werden. Der Nutzungszweck des Katastrophenschutzes ist dabei in jedem Fall sicherzustellen.**

**Die baulichen Anlagen werden im derzeitigen Zustand erhalten. Eine Sanierung des Werkstattgebäudes ist ausgeschlossen. Ist eine Nutzung nicht mehr möglich, erfolgt ein Abriss. Die weiteren Gebäude sind zweckmäßig zu erhalten. Das Bestreben zur Vermietung des Werkstattgebäudes an die Samtgemeinde Elbtalaue und die Vermietung der Garagen und ggf. Teile der Halle an die Zweckgemeinschaft für die Vorhaltung des Tierseuchenmaterials sind zu betreiben. Ein Gutachten in Bezug auf Altlasten auf den Boden ist vor Kauf einzuholen auf Kosten des Verkäufers.**

**Das Gelände ist im Jahr 2027 durch eine Erneuerung der Einfriedung (Zaunbau und Torersatz) gegen Vandalismus zu schützen (Kostenschätzung ca. 30.000,00 €). Die Erweiterung des Unterstandes zur Nutzung als Salzlager ist durch FD 69 zu begleiten und haushalterisch abzubilden.**

<b>12. Änderung der Satzung über Leistungen und Auslagenersatz der Kreisfeuerwehr</b>	2026/703
---	----------

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

**Vorsitzender KTA Kaufmann** lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 37 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

Der Kreistag des Landkreises Lüchow-Dannenberg beschließt die als Anlage beigefügte "Satzung über Leistungen und Auslagenersatz der Kreisfeuerwehr des Landkreises Lüchow-Dannenberg". Die Satzung tritt zum 01.04.2026 in Kraft.

**13. Zuschuss Violetta e.V.**

2026/708

**KTA Wiehler** erklärt, dass im Kreisausschuss ein Formulierungsfehler aufgetreten sei, der Antrag 1 müsse unabhängig von Antrag 2 bleiben. Sie betont, dass die Verwaltung nicht selbst Handlungen vornimmt, sondern Violetta auffordern müsse, und dass der ursprüngliche Antrag im Jugendhilfeausschuss so formuliert war.

**KTA Allgayer-Reetze** weist auf die Satzung von Violetta hin, kritisiert deren ständige Ausweitung des Satzungszwecks und mahnt, dass neue Aufgaben finanziell nicht immer tragfähig seien.

**KTA Schwidder** betont, dass der zweite Beschluss darauf abziele, finanzielle Aufwendungen durch Beteiligung anderer Landkreise abzubilden.

**Landrätin Schulz** erklärt, dass Violetta versucht habe, bei anderen Kommunen Gelder zu akquirieren, dies aber nicht erfolgreich war.

**KTA Dorendorf** berichtet, dass er Gespräche in Lüneburg und Uelzen geführt habe, wobei Dr. Blume Violetta regelmäßig unterstütze. Er betont, dass die Arbeit von Violetta unterstützenswert sei.

**KTA Allgayer-Reetze** wiederholt, dass sie nicht gegen die Unterstützung von Violetta sei, sondern gegen die ständige Ausweitung finanzieller Verpflichtungen, die letztlich nicht tragbar seien.

**Landrätin Schulz** argumentiert, dass präventive Maßnahmen wie die Finanzierung von Beratung langfristig Kosten spätere Folgekosten verminderten.

**KTA Gallei** betont die Bedeutung von Prävention, um zukünftige Ausgaben zu reduzieren, und begründet dies mit der Notwendigkeit, Vorurteile abzubauen und Opfer zu stärken.

**KTA Schwidder** fragt, ob die Formulierung des zweiten Antrags geändert werden könne, um klarzustellen, dass die Verwaltung Violetta bei der Akquise von Mitteln unterstützen solle.

**KTA Himmel** erklärt, dass eine ursprüngliche Formulierung aus dem Jugendhilfeausschuss korrigiert wurde, und betont, dass die Änderung nur eine sprachliche Korrektur sei.

**KTA Wiehler** erklärt, dass der zweite Antrag darauf abziele, Violetta durch die Verwaltung zu unterstützen, in anderen Landkreisen finanzielle Beteiligungen zu akquirieren, und betont, dass dies Druck auf andere Ebenen ausübe.

**Vorsitzender KTA Kaufmann** ruft zur Abstimmung über die Änderung auf.

geändert mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 3 Enthaltung: 0 Befangen: 0 Variante a)

1.) Der Verein Violetta e.V. erhält aufgrund des Antrages vom 13.10.2025 vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung und vorbehaltlich der Landeszuwendung für das Haushaltsjahr 2026 eine weitere Förderung in Höhe von 12.718,50 Euro als freiwillige, außerplanmäßige Ausgabe für die Erweiterung um geschlechtssensible Gruppenangebote. Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

2.) Unbeschadet der Förderung aus 1.) ist Violetta e.V. durch die Verwaltung aufzufordern, eine quotal ausgleichende finanzielle Beteiligung bei den Landkreisen Uelzen, Lüneburg, Ludwigslust-Parchim und Altmarkkreis Salzwedel zu beantragen und zusätzliche Fördergelder und Einnahmen zu akquirieren.

**14. Kita-Bedarfsplanung 2025**

2026/710

Zurückgestellt

<b>15. Änderung des Beschlusses vom 15.12.2026 „Bildung von Wahlbereichen für die kommunalen allgemeinen Neuwahlen (Kreiswahl) und die Direktwahl zur Landrätin/ zum Landrat am 13.09.2026</b>	2026/726
--	----------

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

**Vorsitzender KTA Kaufmann** lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen

einstimmig beschlossen

**Der Kreistagsbeschluss vom 15.12.2025**

„Der Kreistag beschließt, das Wahlgebiet, d.h. den Landkreis Lüchow-Dannenberg für die kommunalen allgemeinen Neuwahlen und die Direktwahl zur Landrätin/ zum Landrat am 13.09.2026 in zwei Wahlbereiche einzuteilen, wobei der Wahlbereich I – Nord aus der Samtgemeinde Elbtalau und der Samtgemeinde Gartow und der Wahlbereich II – Süd aus der Samtgemeinde Lüchow (Wendland) besteht“

wird korrigiert, indem der Teil „und die Direktwahl zur Landrätin/zum Landrat“ gestrichen wird.

<b>16. Neue Mitglieder des Kreisschülerrates für den Kreisschulausschuss</b>	2026/711
--	----------

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

**Vorsitzender KTA Kaufmann** lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen

einstimmig beschlossen

**Der Kreistag beschließt, Vanya Al Selo (vertretend für die Berufsbildende Schule Lüchow) als Mitglied des Kreisschülerrates für den Kreisschulausschuss zu berufen.**

<b>17. Umbesetzung beratendes Mitglied Ausschuss Naturschutz, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft und Veterinärwesen</b>	2026/724
---	----------

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

**Vorsitzender KTA Kaufmann** lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen

einstimmig beschlossen

**Der Kreistag bestellt Herrn Thomas Flügge als beratendes Mitglied in den Ausschuss Naturschutz, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft und Veterinärwesen.**

<b>18. Änderungen der Geschäftsordnung</b>
--

**KTA Allgayer-Reetze** begründet den Antrag mit der Notwendigkeit, in der Geschäftsordnung die Absetzung von Tagesordnungspunkten zukünftig ebenfalls mit einer Zweidrittelmehrheit zu regeln, da dies derzeit mit einer einfachen Mehrheit erfolge. Sie verweist auf eine vorangegangene Kreistagsitzung, in der ein Tagesordnungspunkt mit einfacher Mehrheit abgesetzt wurde, was Unstimmigkeiten ausgelöst habe. Zudem sei die Unterscheidung zwischen Nichtbefassung (Zweidrittelmehrheit) und Absetzung (einfache Mehrheit) in der Geschäftsordnung problematisch. Allgayer-Reetze betont, dass ein Antrag zur Nichtvollziehung eines Kreistagsbeschlusses zurückgezogen wurde, da der Antrag bereits diskutiert worden sei. Sie argumentiert, dass der neue Kreistag mit bestehenden Problemen (Schuldenberg, ÖPNV, Schulen) nicht auch noch eine unklare Geschäftsordnung belastet werden dürfe. Sie beantragt daher, § 9 der Geschäftsordnung zu ändern, um die Zweidrittelmehrheit für Absetzungen zu verankern, sowie § 13 der Geschäftsordnung zu präzisieren, dass nur ein formelles Recht des Kreistagsvorsitzenden bestehe, Tagesordnungspunkte nicht zuzulassen. Allgayer-Reetze betont, dass der Antrag keine Parteipolitik, sondern Prozessökonomie und Klarheit in der Geschäftsordnung betreffe. Sie fordert getrennte Abstimmungen zu § 9 und § 13.

**KTA Peters** beantragt, dass der neue Kreistag über seine eigene Geschäftsordnung abstimmen könne. Sie unterordne die Anträge ihrer Gruppe sowie die Anträge von Kurt Herzog diesem Ziel. Sie betont, dass dies ein Antrag zur Geschäftsordnung ist.

**Vorsitzender KTA Kaufmann** erklärt, dass ein Antrag zur Geschäftsordnung zuerst abgestimmt wird.

Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 3 Enthaltung: 0 Befangen: 0

Die Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung werden für diese Wahlperiode ausgesetzt.

**19. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen**

**19.1. Anfrage von KTA Korth im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 25.01.2026: Bezahlkarte** 2026/706

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Kenntnis genommen

**19.2. Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.03.2026: Stromausfall** 2026/746

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Kenntnis genommen

**Vorsitzender KTA Kaufmann** schließ die öffentliche Sitzung um 17:10 Uhr

Nichtöffentlicher Teil

**20. Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung**

**Vorsitzender KTA Kaufmann** eröffnet die nichtöffentliche Sitzung und stellt fest, dass es keinen Aussprachebedarf gibt.

**21. Genehmigung des nicht öffentlichen Teils des Protokolls der 24. Kreistagssitzung vom 15.12.2025**

Zurückgestellt aufgrund von TOP 1

**22. Personalangelegenheiten**

**23. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen**

**Vorsitzender KTA Kaufmann** schließt die Sitzung um 17:14 Uhr

gez. Kaufmann

gez. D. Schulz

gez. Talg

Vorsitzender

Landrätin

Protokollführung